Euro-Bankenprüfung: Nur klare Ansagen schaffen Vertrauen

Euro-Bankenprüfung: Nur klare Ansagen schaffen Vertrauen

Bei den großen, sogenannten systemrelevanten Banken des Euroraums stehen derzeit fast 900 Milliarden Euro an notleidenden Krediten in den Büchern. Dadurch wächst die Gefahr, dass der Steuerzahler bei künftigen Bankenrettungen wieder zahlen muss. Das zeigt eine jetzt vorgelegte Analyse des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW).
Die IW-Studie "Bankenmonitor" hat parallel zur laufenden Prüfung der Europäischen Zentralbank (EZB) die Bilanzen der 128 größten Banken des Euroraums, darunter 24 deutsche Institute, genauer unter die Lupe genommen. Hauptergebnis der Analyse, die auf öffentlich zugänglichen Zahlen der Bloomberg-Datenbank für das Jahr 2012 beruht: Der Großteil der untersuchten Banken präsentiert sich stabil. Doch bei einem kleineren Teil zeigen sich erhebliche Risiken. So haben 5 Prozent der Banken einen Anteil von mindestens knapp 20 Prozent an notleidenden Krediten in ihren Bilanzen; bei 1 Prozent liegt die Quote sogar bei mindestens knapp 38 Prozent. Auffallend hohe Werte bei den Problemkrediten existieren in Zypern, Griechenland, Portugal, Italien und Spanien. In diesen Ländern werden umfangreiche Reformen im Finanzsektor notwendig sein, prognostizieren die IW-Forscher. Kritisch sei auch, dass trotz steigenden Eigenkapitalquoten rund ein Viertel der analysierten Banken in den Jahren 2011 und 2012 sowie im Zuge der Euro-Schuldenkrise Verluste gemacht hätten.
Da sich der gemeinsame Banken-Abwicklungsfonds noch im Aufbau befindet, muss möglicherweise der Steuerzahler einspringen, wenn sich die Bankenkrise zuspitzt, warnt die IW-Studie. Dies könne dadurch passieren, dass die EZB im Oktober 2014 negative Prüfungsergebnisse vorlegt. Um Vertrauensverluste an den Finanzmärkten zu vermeiden, müsse die EZB vorher klar darlegen, wie sie mit möglichen Problemen umgehen will. Dazu gehört neben einer strikten Prüfung auch, zu klären, wie die Abwicklung von Banken finanziert werden soll.

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. IW Köln
Konrad-Adenauer-Ufer 21
50459 Köln
Deutschland
Telefon: 0221 4981-1
Telefax: 0221 4981-533
Mail: presse@iwkoeln.de
URL: www.iwkoeln.de
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=560805" width="1" height="1">

Pressekontakt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. IW Köln

50459 Köln

iwkoeln.de
presse@iwkoeln.de

Firmenkontakt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. IW Köln

50459 Köln

iwkoeln.de
presse@iwkoeln.de

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln ist das führende private Wirtschaftsforschungsinstitut in Deutschland. Wir vertreten eine klare marktwirtschaftliche Position. Es ist unser Auftrag, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Prozesse in Politik und Öffentlichkeit zu festigen und zu verbessern. Wir analysieren Fakten, zeigen Trends, ergründen Zusammenhänge ? über die wir die Öffentlichkeit auf vielfältige Weise informieren. Wir forschen nicht im Elfenbeinturm: Unsere Erkenntnisse sollen Diskussionen anstoßen. Unsere Ergebnisse helfen, die richtigen Entscheidungen zu treffen. Als Anwalt marktwirtschaftlicher Prinzipien entwerfen wir für die deutsche Volkswirtschaft und die Wirtschaftspolitik die bestmöglichen Strategien und fordern und fördern deren Umsetzung.